

Buchdrucker-Schiedspruch vor Stegerwald

Unter Vorsitz des Regierungsrates Dr. Dobberlein fanden am 25. April im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Verbindlichkeit des Schiedspruches gegen die Buchdrucker zur Verschlechterung des Manteltariffes statt, die von den Unternehmern beantragt worden war. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, jetzt soll Stegerwald selbst über die Verbindlichkeitsklärung entscheiden.

Heute sollen gleichzeitig die Verhandlungen über den Neuaufschlag des Lohnabbauforderungen werden. Auch hier ist zu erwarten, daß die Unternehmer Lohnabbauforderungen stellen. Ueber die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches gegen die Hilfsarbeiter sind gestern im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen durchgeführt worden, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist.

Die Unternehmer werden zweifellos ihre Forderungen durchsetzen, wenn nicht die graphischen Arbeiter sofort alle Vorbereitungen treffen, um ihnen mit der Waffe des Streiks entgegenzutreten. Die roten Betriebsräte und die RGD-Kollegen müssen sofort an die Funktionäre der reformistischen Verbände und an die reformistischen Betriebsräte herantreten, um sie für die Aufstellung gemeinsamer Mobilisierungspläne für die Durchführung gemeinsamer Betriebsversammlungen und für die Wahl einheitlicher Kampfausschüsse zu gewinnen.

Der Verrat an den Rotationsdruckern

Die auf Beschluß der Berliner Rotationsdrucker in 11 Betrieben durchgeführte Abstimmung gegen die ungeheuren Verschlechterungen des Manteltariffs für das Buchdruckgewerbe, hatte ein für die Gewerkschaftsbürokratie überraschendes Ergebnis. Von insgesamt 700 in den Betrieben beschäftigten Kollegen, beteiligten sich 624 an der Abstimmung. (Um ein einworfrees Bild bei der Streikabstimmung zu haben, beteiligten sich die erwerbslosen Mitglieder der Sparte nicht an der Abstimmung.) Für Streik erklärten sich 520 Kollegen, während 97 dagegen stimmten und 7 Kollegen sich der Stimme enthielten.

Alle Kollegen aber, die, als sie zu der Versammlung in der vorigen Woche kamen, nur die Proklamierung und Sanktionierung des Streiks durch die Gruppenleitung erwarteten, mußten sich überzeugen, wie richtig die Parole der RGD ist: „Nehmt euer Gesicht in eure eigenen Hände! Schenkt den Gewerkschaftsbürokraten, die euch mit radikalen Phrasen an der Organisierung des Kampfes hindern wollen, kein Vertrauen!“ Mit der Taktik, durch endlose Diskussion die Versammlung zu ermüden und durch das Hineintragen von zersetzenden Parolen, versuchte die Gruppenleitung die Kollegen aus den einzelnen Betrieben gegeneinander auszuspielen. So wurde die Lösung des „Bewilligungstreifs“ ausgegeben, das bedeutet, daß die Kollegen, dort weiter arbeiten sollen, wo die Unternehmer Zugeständnisse gemacht haben. Die Rotationsdrucker wissen aus Erfahrung, daß das nur zur Zersplitterung der einheitlichen Kampffront führen kann. Als die Kollegen jedoch merkten, daß die Kollegen bei ihrem Entschluß, sofort den Streik auszulösen, blieben, griffen sie zu einem anderen Mittel. Vor der Abstimmung über Streikauslösung erklärte der 1. Vorsitzende Kraus, daß er die Abstimmung nicht vornehmen werde — er müsse sich schämen vor den Kassenschränken der Organisation stellen — und legte den Vorsitz nieder. Richtig erkannten die Kollegen, daß die Bürokraten nicht daran denken, wirklich einen Kampf gegen das Unternehmertum zu führen. Hejzel von Scherl erklärte demagogisch: „Am alten Manteltarif haben wir ja nichts auszusetzen, aber am neuen — und der tritt ja erst am 1. Mai in Kraft — also können wir doch jetzt noch nichts dagegen unternehmen.“

Hieraus müssen die Kollegen die richtige Lehre ziehen. Sie dürfen keineswegs so handeln, wie es die Kollegen in der ersten Empörung zum Ausdruck brachten, indem sie ihre Funktion als Vertrauensleute niederlegen wollten. Das würde den Gewerkschaftsbürokraten gerade recht sein. Jetzt muß in den Betrieben die rote Einheitsfront zum Kampf geschaffen werden.

Wählt euch eine neue Gruppenleitung aus oppositionellen Kollegen, die schon in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie sich in der Ausübung ihrer Funktion rücksichtslos für die Vertretung der Arbeiterinteressen einsetzen!

In jedem einzelnen Betrieb muß jetzt der Kampf organisiert werden gegen jede Verschlechterung tariflicher und übertariflicher Positionen!

- Schafft euch eigene Kampfleitungen in jedem Betrieb!
- Schließt das Kampfbündnis mit den Erwerbslosen!
- Tretet ein für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, bei vollem Lohnausgleich, um so für die Erwerbslosen neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen!
- Duldet nicht länger eine Verbands- und Gruppenleitung, die den Arbeiterverrat auf ihre Fahnen geschrieben hat!
- Kämpft gemeinsam mit der RGD. Graphik für eure Forderungen!

Am 1. Mai kein Handschlag für die bürgerliche Presse!

Die bürgerlichen Druckereien versuchen, ihre Montagspresse am 1. Mai fertigstellen und vertreiben zu lassen. Die Parole für alle graphischen Arbeiter, Boten und Zeitungsfahrer am 1. Mai ist: Kein Handschlag für die bürgerliche Presse!

Waldenburg, 27. April. Heute morgen haben 50 Bergarbeiter die Kündigungen ihres Arbeitsverhältnisses zugestellt bekommen. Die Verwaltung hat weitere Massenentlassungen angekündigt.

Alle Bauarbeiter sammeln sich zum 1. Mai

Mittags in den Bezirkslokalen des BVB. — Mitglieder erhalten dort ihren Maifestemp. Von dort gehen sie zu dem Stellplatz ihres Unterbezirks und marschieren im Zuge der RGD.

Alle revolutionären Leitergerüstbauer gleich welcher Organisationszugehörigkeit, treffen sich am 1. Mai genau um 14 Uhr bei Schulz, Elisabethstr. 38, zur Teilnahme an der Maidemonstration.

Die RGD zum 1. Mai

Ein Aufruf an die Arbeiter aller Länder — Schutz der Sowjetunion, unerbittlicher Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien — Nieder mit der kapitalistischen Sklaverei!

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale erläßt einen Aufruf an die Proletarier aller Länder zum 1. Mai 1932. Der Aufruf schildert die gegenwärtige Katastrophe des versenkenden Kapitalismus. Die Kapitalisten versuchen, die gesamte Last der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Aber nicht genug damit, immer mehr betreten die Kapitalisten den Weg eines neuen Weltkrieges. Ihr ganzer Haß wendet sich gegen das Land der Diktatur des Proletariats, gegen die Sowjetunion, gegen das Land ohne Erwerbslose, gegen das Land des sozialistischen Aufbaues. „Proletarier aller Länder“ — ruft der Aufruf — „bereitet die konterrevolutionären Pläne und die kriegerischen Absichten der Bourgeoisie... Entlarvt und vereitelt im praktischen Kampf die täglichen Kriegsrüstungen der Imperialisten. Verhindert den Transport von Waffen und Munition für die Imperialisten.“

Der Aufruf appelliert an die Arbeiterschaft, durch unermüdliche Tageskämpfe den Angriff der Bourgeoisie zurückzuschlagen und zum Gegenangriff überzugehen. „Im zähen Klassenkampf treten der Bourgeoisie keine einzige von euren Eroberungen ab, keinen Groschen vom Lohn, keinen Pfennig von der Arbeitslosenunterstützung, keines von euren Rechten, sich zu organisieren,

um das Kapital und seine Staatsmacht energisch zu bekämpfen, geht zu einem Gegenangriff über.“

Der Aufruf schildert die Rolle der Reformisten in der Arbeiterbewegung, die die Politik der Unterwerfung der Arbeiterklasse und der Erdrosselung ihrer Kämpfe betreiben. „Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten zer schlagen die proletarische Front, würgen die Streiks ab, predigen die „Theorie“ von der Unmöglichkeit von Wirtschaftskämpfen zur Zeit einer Krise, helfen der Bourgeoisie einen imperialistischen Krieg vorzubereiten, erleichtern ihr auf jede mögliche Weise die Vorbereitung einer Intervention durch schmutzige Verleumdung der USSR.“ Der Weg der reformistischen Gewerkschaftsführer führt zur Herrschaft des nackten Faschismus. Der Aufruf appelliert an die Arbeitermassen in den Gewerkschaften:

„Arbeiter! Folgt die reformistischen Führer, die Gewerkschaftsbürokraten und Beamten, entlarvt sie, entfernt sie von all ihren Posten, erobert die organisierten Arbeiter, die Mitglieder der reformistischen und der sonstigen reaktionären Verbände. Festigt die revolutionären Verbände, festigt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.“

Einheitsfrontangebot der roten Betriebsräte bei der Deutschen Reichsbahn

Christen und Reformisten lehnen ab — Schließt die Einheitsfront auf den Betriebsstellen!

Daß es den Anhängern der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit der Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter bitter ernst ist, zeigte auch der Verlauf der Sitzung des Hauptbetriebsrates der Deutschen Reichsbahn vom Donnerstag, dem 28. April. Die roten Betriebsräte benutzten diese Sitzung, um in aller Offenheit und Aufrichtigkeit die Frage der Schaffung der Einheitsfront aller Eisenbahner zu stellen.

Der Hauptbetriebsrat der Deutschen Reichsbahn besteht in seiner Mehrheit aus reformistischen und christlichen Betriebsräten, die oft mit undemokratischen Mitteln das Auftreten der roten Betriebsräte in den Sitzungen zu hindern versuchen. Allerdings ist jetzt die Stimmung in den großen Massen der Eisenbahner eine solche, daß unsere Kollegen im Hauptbetriebsrat am Donnerstag ungestört sehr eingehend ihre Vorschläge vortragen konnten. Fast eine Stunde lang sprach der Redner der Opposition über den Weg, den die Eisenbahner gehen müssen.

Die Eisenbahnverwaltung plant einen weiteren Abbau von 50 000 bis 60 000 Kollegen. Neben diesem Abbau sollen Feierlichkeiten in großem Ausmaß eingeführt werden. Zu gleicher Zeit zwingt man aber über 400 000 Eisenbahner zu Arbeitszeiten von über 48 bis 93 Stunden in der Woche. Dazu kommt noch, daß die Verwaltung im Begriff ist, in allen Dienstzweigen, wo im Gedringe gearbeitet wird, Stützzeit-Reduzierungen durchzuführen. In einer Verhandlung mit dem Hauptbeamtenrat und den Gewerkschaften kündigte die Generaldirektion einen weiteren direkten Lohn- und Gehaltsabbau an. Man versucht, alles mit der schlechten Wirtschaftslage zu begründen. Eben meldet aber die Presse, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft für das Jahr 1931 7 Prozent Dividenden auf die Vorzugsaktien gezahlt hat. Für die höheren Beamten sind Kniegehalt da, für Korruptionszulagen, für die

Technische Nothilfe, für Panzerzüge, hat die Reichsbahn Millionen übrig. Die Schwerindustrie und ihre Presse bekommen von der Reichsbahn Subventionen und die Nazibewegung wird von der Verwaltungsbürokratie begünstigt. Nur für die Arbeiter und unteren Angestellten ist kein Geld da.

Die roten Betriebsräte schlugen dem Hauptbetriebsrat ein klar formuliertes Kampfprogramm von 10 Punkten vor. In jeder Dienststelle, in allen unteren Gewerkschaftseinheiten sollen Versammlungen der Eisenbahnarbeiter und Beamten einberufen werden. Ueberall soll zur drohenden Lage Stellung genommen und organisatorische Voraussetzungen zur Organisierung des Kampfes der Eisenbahner geschaffen werden. In jeder Dienststelle sollen auf breiter Einheitsfrontgrundlage Ausschüsse gewählt werden. Der Hauptbetriebsrat soll sich mit einem diesbezüglichen Aufruf an alle Eisenbahner wenden. Der Entwurf eines solchen Aufrufs wurde von den roten Betriebsräten schriftlich vorgelegt.

Die reformistisch-christliche Mehrheit des Hauptbetriebsrates lehnte den Vorschlag der roten Betriebsräte ab. Das zeigt, daß die reformistischen und christlichen Betriebsratsmitglieder des Hauptbetriebsrates genau so wie die Führer der Eisenbahngewerkschaften die Maßnahmen der Hauptverwaltung unterstützen. Wir sind aber überzeugt, daß die großen Massen der Eisenbahnarbeiter und Beamten wie auch die Betriebsräte auf den Dienststellen, den Vorschlag der roten Betriebsräte begrüßen. Es ist notwendig, sofort in Versammlungen zum Verhalten des Hauptbetriebsrates Stellung zu nehmen, es ist notwendig, daß in diesen Versammlungen das Kampfprogramm der roten Betriebsräte zum Gemeingut der Kollegen wird. Das Kampfprogramm muß in die Tat umgesetzt werden.

Tieg schafft Koalitionsrecht ab

Angestellte, wehrt den Anschlag gegen eure Interessen in roter Einheitsfront ab!

Die Geschäftsleitung des Warenhauses Tieg in der Leipziger Straße hat eine Verfügung herausgegeben, wonach dem Personal jede politische Diskussion verboten ist. Bei Zuwiderhandlung werden die Angestellten und Arbeiter mit sofortiger Entlassung bedroht. Mit einem Federstrich will die Firma Tieg das Koalitionsrecht der Kollegen beseitigen.

Dieser Anschlag der Firma Tieg liegt in derselben Linie wie die Maulkorbsteuer des sozialdemokratischen Berliner Magistrats gegen die städtischen Arbeiter. Gleichzeitig mit ihrem Vorstoß gegen die Löhne und Arbeitsbedingungen versuchen die Unternehmer den Arbeitern und Angestellten die letzten Reste des Koalitionsrechtes zu nehmen. Die Belegschaften dürfen sich keinesfalls völlig zu Sklaven degradieren lassen, die noch nicht einmal wagen dürfen, ein Wort über die grenzenlose Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse fallen zu lassen. Einmütig müssen die Kollegen bei Tieg, die Arbeiter und Angestellten der städtischen Betriebe und in allen anderen Betrieben, wo ähnliche Vorstöße

versucht werden, zusammentreten, um einheitlich den Kampf gegen diese Maßnahmen aufzunehmen. Kommunistische, sozialdemokratische und christliche Arbeiter müssen in diesem Kampfe Schulter an Schulter stehen.

Uebrigens geht die Firma Tieg nicht nur im Hause Leipziger Straße in dieser Form gegen die primitivsten Rechte der Arbeiter und Angestellten vor. Kürzlich wurden im Hause Alexanderplatz sämtliche Betriebsräte zur Personalabteilung despoten. Den roten Betriebsräten Nothilfe, Witz und Sundaat wurde die feilsche Entlassung angedroht. Als Begründung wurde angegeben, die roten Betriebsräte treiben politische Agitation unter dem Personal. Außerdem wurde ihnen der Vertrieb der revolutionären Gewerkschaftspresse verboten. Auch die letzten Rechte der Betriebsräte sollen also beseitigt werden.

Die Firma Tieg scheint schon vergessen zu haben, daß ihre Käuferkraft aus der werktätigen Bevölkerung schon einmal einen großen Kampf gegen die Maßregelung eines roten Betriebsrates durchgeführt hat.

Schlachtungsmaschine soll den Kampf der Fleischer abwürgen

Der glänzende Kampfwille der Berliner Fleischer, der in der Streikabstimmung in den Betrieben zum Ausdruck kam, hat die Schlachtungsmaschine veranlaßt, zum Schlächter zu laufen. Nachdem sie noch vor wenigen Tagen jede Verhandlung über ihre unverkäuflichen Forderungen ablehnten, ändern sie jetzt ihre Taktik. Der Schlächter soll durch einen Schiedspruch ihren Wünschen weitgehend Rechnung tragen, und auf diesem Wege soll der Kampfwille der Fleischer abgemüht werden.

Die Belegschaften müssen sofort alle Maßnahmen treffen, um ihren Kampfwillen in die Tat umzusetzen. Ganz gleich, ob die Unternehmer versuchen, betriebsweise vorzustößen oder den Lohn und die Arbeitsbedingungen durch Schiedspruch verschlechtern werden sollen, in jedem Falle muß der Unternehmervorstoß durch den Streik abgewehrt werden.

In den Abstimmungsergebnissen kommt der Wille der Belegschaften zur Schließung der roten Einheitsfront im Kampf gegen

den Lohnabbau glänzend zum Ausdruck. Diesen Abstimmungen müssen Taten folgen. Die Funktionäre des roten Verbandes und der RGD, sowie die Funktionäre des reformistischen Verbandes müssen sofort betriebsweise zusammentreten, um konkrete Beschlüsse zur Mobilisierung der Belegschaften für den Streik zu fassen.

Neuer Pflichtarbeiterstreik in Oberhaveln

Am 25. April traten die 200 Pflichtarbeiter in Jellow, Kreis Oppeln, geschlossen in den Streik.

Als Pflichtarbeiter gelten in der Gemeinde alle Wohlfahrts- und Arsenunterstützungsempfänger. Die Pflichtarbeiter müssen einen neuen Graben bauen und erhalten 8 Pfennig pro Stunde. Für diese 8 Pfennig müssen sie eigenes Arbeitswerkzeug mitbringen. Verschiedene Wohlfahrtsempfänger, welche 45 Mark den Monat erhalten, müssen 152 Stunden volle Arbeit leisten. Wer sich dagegen wehrt, dem wird die Unterstützung gesperrt.

Die Forderungen der Streikenden sind: Umwandlung der Pflichtarbeit in Notstandsarbeit mit tariflicher Bezahlung, Stellung von Arbeitsgeräten, welche die Gemeinde zu liefern hat.